

Der Basler Zeitung vom 9. April 2005 war zu entnehmen, dass die Regierung im Rahmen ihres Sparpaketes eine Subventionskürzung für die privaten Leistungserbringer im Bereich der offenen Kinderarbeit plant. Eine etwas erstaunliche Massnahme, nach dem der Grosse Rat in seiner Sitzung vom 23. Februar 2005 mit grosser Mehrheit die von der Regierung beantragten Subventionskürzungen im Bereich der offenen Jugendarbeit klar ablehnte. Es erstaunt weiter, dass die Regierung Kürzungen in der offenen Kinder- und Jugendarbeit ausschliesslich zu Lasten von privaten Leistungserbringern - die, wohlgemerkt, zum Teil ehrenamtliche Arbeit leisten - erzwingen will. Andererseits muss festgestellt werden, dass im Amt für Jugend, Familie und Prävention (AJFP) im Justizdepartement allein die Personalkosten von 2000 - 2004 um rund 40% angestiegen sind, nämlich von 988'000 auf 1'375'000 Franken. Heute hat das AJFP ein bewilligtes Stellenbudget von 850%. Es stellt sich daher die Frage, ob nicht bei der Bürokratie statt in der direkten praktischen Basisarbeit Einsparungen vorgenommen werden sollen.

Ich bitte die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie verteilen sich die Aufwendungen in der offenen Kinderarbeit beim AJFP im Vergleich zur praktischen Basisarbeit durch private Leistungserbringer?
2. Wie beurteilt die Regierung dieses Verhältnis?
3. Wie hoch schätzt die Regierung das Sparpotenzial beim AJFP ein?
4. In welcher Periodizität werden Organisationsüberprüfungen beim AJFP vorgenommen?
5. Erachtet es die Regierung nicht als problematisch, dass die Basisarbeit in der offenen Kinderarbeit eingeschränkt werden soll, bei gleichzeitigem Ausbau der Stabsarbeit in der Verwaltung?
6. Wie beurteilt die Regierung den vom Vorsteher des Justizdepartements geäusserten Vorschlag, die jetzt begünstigten Leistungserbringer der offenen Jugendarbeit sollten von ihren ungekürzten Subventionen solidarisch einen Beitrag an die Institutionen der offenen Kinderarbeit leisten und so die geplanten Subventionskürzungen in diesem Bereich kompensieren?
7. Wie gedenkt die Regierung vor diesem Hintergrund den zahlreichen, von diesen Kürzungen betroffenen Kindern und Jugendlichen (als Beispiel) die Schliessung eines Robi-Spielplatzes klarzumachen ?
8. Was ist der Regierung wichtiger: Sparen bei der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder Ausnutzung des Einsparungspotentials bei der Administration bzw. Verwaltung?

Stephan Gassmann